

# National denken, kantonal handeln

Franziska Schwab



**Bildungs-  
qualität  
SICHERN**

Bildung Bern lanciert im Rahmen des Aktionsplans Bildungsqualität des LCH eine Verfassungsinitiative. Geschäftsführer Stefan Wittwer erklärt, warum.



Stefan Wittwer,  
Geschäftsführer  
Bildung Bern

**Der Dachverband LCH hat den Aktionsplan Bildungsqualität lanciert. Was kann man sich darunter vorstellen?**

Unter dem Dach des LCH machen sich mittels koordinierter Kampagnen verschiedene Deutschschweizer Kantone gleichzeitig mit einer je eigenen Aktion zusammen auf den Weg. Um die Bildungsqualität zu sichern. Die Aktionen sind kantonal unterschiedlich. Eine Aktion kann eine Resolution, eine Petition, ein parlamentarischer Vorstoss, eine Volksinitiative oder etwas anderes sein. Ziel ist es immer, die Bildungsqualität zu sichern. Dies ist nötiger denn je.

**Plan tönt recht passiv. Wo steckt die Energie?**

Der Plan bezieht sich auf die nationale Koordination. Er hat eine einheitliche Bildsprache, ist in den nationalen Medien breit abgestützt. Die einzelne kantonale Aktion ist dann sehr aktiv und energievoll. Der Kanton Graubünden z. B. macht mit einer Petition Druck, damit das Volksschulgesetz nicht negativ verändert wird. In der föderalen Schweiz und in der Verbandsstruktur ist schon durch den Prozess viel Energie ausgelöst worden.

**Wieso macht jetzt jeder Kanton eine eigene Aktion?**

National denken, kantonal handeln ist das Richtige. Denn: National zu koordinieren, bedeutet mehr Macht, bedeutet einen sinnvollen Einsatz von Mitgliedergeldern. Synergien entstehen. Das Ziel kann man national denken, den Weg aber aus zwei Gründen nicht. Erstens: Nicht jeder Kanton hat die gleichen Probleme. Zweitens: Das Bildungssystem ist kantonal geregelt. Man muss dort

fordern und umsetzen, wo der politische Hebel ist. Das ergibt kürzere Wege nach der allfälligen Annahme der Initiative.

**Bildung Bern will im Kanton eine Verfassungsinitiative lancieren.**

**Warum dieses politische Mittel?**

Die Initiative ist demokratisch legitimiert. Die Leitungskonferenz von Bildung Bern hat einstimmig entschieden. Kurzfristig erreichen wir zwar aktuell recht viel in Zusammenarbeit mit der Bildungsdirektion. Und die Politiker:innen realisieren, was der Wert von Bildung ist. Lehrpersonen werden nicht mehr als Ferientechniker:innen gesehen. Die Lohnerhöhung für Primarlehrpersonen sind realisiert. Auf 1. August 2024 kommt die Entlastung der Klassenlehrpersonen. Wir haben einen besseren Teuerungsausgleich plus Gehaltsaufstieg ausgehandelt aufs neue Jahr. Die Herausforderungen aber bleiben. Uns geht es um eine langfristige Sicherstellung der Bildungsqualität, auch um eine Sensibilisierung. In der Gesellschaft noch nicht anerkannt ist, dass es für den herausfordernden Lehrberuf zwingend Kompetenzen und eine Ausbildung braucht. Das System darf nicht mit Unausgebildeten gefüllt werden. Um diese hohen Ziele zu verankern, ist die Verfassung das Richtige. Umso mehr, weil in der Verfassung das Wort Bildungsqualität nicht festgehalten ist. Das Bekenntnis, dass Leute ihren Kompetenzen entsprechend eingesetzt werden sollen, fehlt, dass Fachkräfte gute Rahmenbedingungen brauchen, ebenfalls.

**Die Formulierung in der Verfassung ist recht allgemein. Warum stellt man nicht einfach konkrete**



**Das Fundament  
für den Arbeitsplatz  
Schweiz.**

**Bildungs-  
qualität  
SICHERN**

**Forderungen an die Politik?**

Konkrete Forderungen gehören nicht in die Verfassung. Was wir reinschreiben, soll für Jahrzehnte Gültigkeit haben. Konkrete Forderungen prägen die alltägliche Bildungsarbeit. Die Verfassung legt den Boden für konkrete Forderungen.

**Was braucht es nun, dass die Verfassungsinitiative zustande kommt?**

15 000 beglaubigte Unterschriften. Wir müssen rund 18 000 sammeln.

**Wie kann ich als Mitglied die Initiative möglichst wirkungsvoll unterstützen?**

Aktuell planen wir, Mitte Januar mit der Sammlung zu starten. Ab dann können uns alle Mitglieder und Nichtmitglieder am wirkungsvollsten unterstützen, wenn sie auf die Aktion aufmerksam machen, unterschreiben, Unterschriften sammeln, die Aktion in Social Media teilen. Und: Nichtmitglieder überzeugen, Mitglied zu werden. Bildungspolitische Verbesserungen erreichen wir nur mit einer hohen Mitgliederzahl!